

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1837

13.7.1837 (No. 192)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 192.

Donnerstag, den 13. Juli.

1837

Baden.

Landtagsverhandlungen.

57te öffentliche Sitzung der 2ten Kammer vom 11. Juli.
(Schluß.)

Martin übergibt den Budgetbericht über das Land-
gefüt.

Darauf eröffnet der Präsident die Diskussion über
den Budgetbericht, die Postadministration betr.

Minister v. Blittersdorff äußert im Allgemeinen, daß
es ihm sehr erfreulich sey, die in dem Nachweisungsbe-
richt und bei den damaligen Verhandlungen ausgespro-
chene Anerkennung der Bemühungen dieser Administra-
tion in dem Budgetberichte wiederholt zu sehen. In dem
sich über die in dem Kommissionsberichte enthaltenen
Wünsche äußert, spricht er Namens der Regierung den
Wunsch aus, daß die für „Strafen“ im Budget auf-
genommenen 500 fl. aus demselben weggelassen, als
durchlaufende Posten betrachtet und der Regierung zu
dem Zwecke disponibel überlassen werden möchten, um
daraus langgedienten braven Postillonen Remunerationen
ertheilen zu können.

Für diesen Vorschlag spricht der Abg. Gerbel, weil
er ihn im Interesse der Postadministration und in billi-
ger Berücksichtigung des mühsamen Dienstes der Postil-
lone für begründet erachtet. Ferner sprechen für den
Vorschlag die Abg. Mördes, Duttlinger und Blanken-
horn, welsch letzterer zur besondern Berücksichtigung bei
Ertheilung von Remunerationen diejenigen Postillone
empfiehlt, welche lange Jahre bei einem und demselben
Posthalter gedient und sich brav aufgeführt haben. v.
Hörsing hält zwar auch dafür, daß solche Remunerationen
an brave Postillone gegeben werden sollen, wozu
die Strafen der unordentlichen verwendet werden kön-
nen, verwahrt sich jedoch dagegen, daß aus diesen Re-
munerationen zuletzt Pensionen gemacht werden, zu de-
ren Dotation die Staatskasse beizugezogen werde. Mini-
ster v. Blittersdorff ertheilt die Versicherung, daß hierbei
durchaus nicht von Pensionen, sondern bloß von Unter-
stützungen die Rede sey.

v. Rottel drückt den Wunsch aus, daß hinsichtlich
der Strafen auch eine Ausdehnung auf die Posthalter
gemacht werde, da es ja auch denkbar sey, daß die-
selben sich geflissentlich eine Nachlässigkeit in Beziehung
auf Haltung schlechter Postillone, Pferde oder Wagen
zu Schulden könnten kommen lassen, was für Reisende
Unglück herbeiführen könnte. Wären sie aber wirklich

nicht schuldig, so sollte der Staat zur Entschädigungs-
leistung für entstehenden Schaden verpflichtet seyn.
(Vielfache Unterstützung.)

Oberpostdirektor v. Mollenbec hält diesen Wunsch für
überflüssig, da die Regierung diese Verpflichtung stets
anerkannt, sich derselben niemals entzogen habe, und
vorkommenden Falls die schuldigen Entschädigungen un-
weigerlich leisten werde.

Abg. Christ drückt den lebhaften Wunsch aus, daß
die Regierung eine Briefpost in dem Amtssitz Oberkirch
errichten möchte. Es fordere dies die Wichtigkeit des
Ortes, die im Renchthal befindlichen Bäder, die Größe
der Bevölkerung des Amtes, dessen Handel und Verkehr
und selbst die Sicherheit für die zu versendenden Ge-
genstände.

Buß unterstützt diesen Wunsch.

Ebenso der Abg. Zentner.

Zentner wünscht ferner die Ertheilung von Remune-
rationen auch auf Kondukteure, deren Geschäft ein außer-
ordentlich beschwerliches sey, ausgedehnt.

Der von dem Minister der auswärtigen Angelegen-
heiten ausgegangene Vorschlag wird von der Kammer
angenommen.

Welcker spricht, unter Bemerkung der Fortschritte der
Postadministration, seine Freude darüber aus, daß durch
die Herabsetzung des Briefporto's kein Ausfall in der
Postkasse entstanden sey. Er glaubt, daß das Paket-
porto zu hoch wäre, und führt aus, daß der Staat,
wenn er ein Geschäft selbst betreiben will, es möglichst
wohlfeil thun oder aber das Geschäft an Privaten über-
lassen müsse. Er wünscht ferner, daß auch die Eilwa-
gentaxe herabgesetzt werde, und glaubt, daß die Admini-
stration dabei noch gewinnen würde, und richtet die Fra-
ge an die Regierung, warum die in Frankreich bestehen-
de Einrichtung nicht bestehe, daß für die verschiedenen
Plätze auf dem Eilwagen auch verschiedene Preise ein-
geführt seyen?

Oberpostdirektor v. Mollenbec: Die Regierung will
kein Monopol für sich haben, sondern nur die Anfor-
derungen des Publikums befriedigen. Sie geht damit
um, das Paketporto zu ermäßigen; die Herabsetzung der
Eilwagentaxe aber möchte wohl dem Zweckel, den der
Staat dabei hat, nicht entsprechen, da derselbe insbeson-
dere auch auf die durch das Institut der Eilwagen be-
nachtheiligten Haubereyer Rücksicht zu nehmen habe, die
bei einer solchen Taxoerminderung zu Grunde gerichtet
werden könnten. Gegen die Einführung verschiedener

Preise der Eilwagen aber sprechen gewichtige Gründe, welche hauptsächlich in der Bestimmung langer Routen liegen, welche die Eilwagen durchlaufen müßten.

In Beziehung auf den von der Kommission ausgesprochenen Wunsch der Errichtung von Nebenposten in den Amtsstellen bemerkt der Abg. Reichenbach, daß mindestens eine Briefpostanstalt in dem Amtsstelle Waldbkirch sehr nothwendig errichtet seyn sollte.

Schaaff: Es war sehr erfreulich, daß die Regierung schon bei den Nachweisungen, und heute wiederholt die Bestimmung zu den laut gewordenen Wünschen hinsichtlich der Begünstigung der Nebenrouten mit Postanstalten zu erkennen gegeben hat. Die auf den Nebenstraßen liegenden Orte entbehren Manches, was die Staatsanstalten den Hauptstädten und andern Orten gewähren, welche sich der Lage an den Landstraßen zu erfreuen haben, und nach den Umständen diesen nur oder wenigstens in höherem Maße gewähren können; die Regierung sollte sie daher dort immer vorzugweise ins Auge fassen, wo es die Umstände gestatten. Damit die Regierung übrigens in die Lage gesetzt werde, die Ausgaben zu bestreiten, welche die Herstellung von Postverbindungen auf den Nebenrouten mit sich führen dürften, bedarf es der Ermächtigung der Kammer, und ich stelle daher den Antrag, daß der im Kommissionsbericht enthaltene Wunsch, „daß neben der Belegung der Hauptrouten auch Nebenrouten möglichst berücksichtigt werden, und daß namentlich alle Amtsstellen mindestens einer Briefpost künftig nicht mehr entbehren möchten“, zum Kammerbeschluß erhoben werde. (Vielfältige Unterstützung.) Ich empfehle dabei Eberbach und Neckarbischofsheim ganz besonders! (Stimmen: das war zu erwarten.)

Kettig trägt darauf an, daß das Portofreithum für den landwirthschaftlichen Verein auch auf die Amtsvereine ausgebeht werden möge.

Kern widersetzt sich diesem Antrag, da die Amtsvereine noch nicht anerkannt seyen.

Aschbach erneuert den Antrag des vorigen Landtags: die Postprovision in Bezug auf die Annalen für die Gerichte herabzusetzen und gleichzustellen jenen für das landwirthschaftliche Blatt. Kröll unterstützt diesen Antrag, und dehnt denselben auch auf das Kirchenblatt aus.

Oberpostdirektor v. Mollenbec widersetzt sich diesem Antrag, da man sonst wieder in den Circulus vitiosus gelangen würde, welchem man durch Aufhebung des Portofreithums glücklich entgangen sey.

v. Rotteck unterstützt den Wunsch des Abg. Welcker auf Herabsetzung des Paketporto's, und bringt in Anregung, daß das Postporto von Zeit zu Zeit sich erhöhe. Wenn man nun bedenke, daß das Postporto, welches über die Kosten der Administration selbst hinausgehe, eine indirekte Steuer sey, so spreche er den Wunsch aus, daß auch die Poststeuer wie alle andern Steuern den Ständen zur Bewilligung vorgelegt werde.

Sander tritt dem Wunsch auf Herabsetzung des Protokolls für die Annalen und für das Kirchenblatt bei.

Martin spricht für Kettig's Antrag, Duttlinger tritt dem Wunsch des Abg. Aschbach bei. Die Post — spricht er — trägt dem Lande zu viel ein, die Postreineinnahme nach Abzug der Ausgaben ist viel zu hoch; man darf daher wohl dafür sich erheben, daß Begünstigungen für solche Blätter, wie die Annalen und das Kirchenblatt, eintreten, die keine Partikularinteressen vertreten. Hinsichtlich dieser Blätter wünsche ich gänzlich Portofreithum, wie bei den oberhofgerichtlichen Jahrbüchern.

Minister v. Blittersdorff gibt die Erklärung, daß er die Einnahme der Post im Allgemeinen nicht zu hoch finden könne, und daß ein Ausfall in derselben von der Staatsverwaltung aus ungerne werde ertragen werden. Daß er gleichwohl, da jede Stunde der Diskussion in dieser Kammer dem Lande gleichfalls Opfer koste, zur Abklärung der Diskussion gerne die Versicherung ertheilen wolle, daß er zu Herabsetzung der Postprovision für die in Frage stehenden Blätter mitwirken werde.

Die Abstimmung liefert die Resultate, daß die Kammer die Wünsche:

- a) des Abg. Welcker, auf Ermäßigung des Paketporto's,
- b) „ „ Schaaff, auf möglichste Berücksichtigung der Nebenrouten, namentlich um in den Amtsstellen mindestens Briefposten einzuführen,
- c) „ „ v. Rotteck, auf Vorlage der Poststenern zur ständischen Berathung und Zustimmung, und
- d) „ „ Aschbach, auf Herabsetzung des Porto's für die Annalen der bad. Gerichte und das Kirchenblatt,

zu den übrigen erhebt und in das Protokoll niederlegt.

Zur speziellen Diskussion übergehend, gibt die Kammer dem Vorschlag der Bruttoeinnahme von 812,330 fl. für jedes der beiden Rechnungsjahre 1837 und 1838 ihre Zustimmung.

A u s g a b e.

I. Lokalsteuern und Verwaltungskosten.

- 1) Besoldung der als Staatsdiener angestellten Beamten.

Forderung der Regierung: 40,400 fl. per Jahr; Kommissionsantrag: 200 fl. Abzug.

Kern beantragt, die von der Kommission verweigerten 200 fl. zu bewilligen.

Speyerer erläutert die Gründe, worauf sich der Antrag der Kommission stützt.

Oberpostdirektor v. Mollenbec erklärt die Nothwendigkeit der Mehrforderung von 200 fl. im Interesse des Dienstes. Sander unterstützt den Antrag auf Bewilligung. v. Zyslein verteidigt den Antrag der Kommission.

Die Kammer nimmt den Antrag auf Bewilligung der von der Regierung verlangten Summe an.

- 2) Gehalte für Dienstgehülfen.

Forderung der Regierung und Kommissionsantrag: 7200 fl. per Jahr. Angenommen.

- 3) Gehalte und Lantienem der nicht als Staatsdiener angestellten Beamten.

Von der Regierung verlangt und von der Kommission nicht beanstandet: 28,830 fl. per Jahr. Angenommen.

4) Gehalte des untern Dienstpersonals.

Antrag der Kommission: Bewilligung der verlangten 21,209 fl. per Jahr. Angenommen.

5) Bureaukosten und Packmaterial: 12,713 fl. Angenommen.

6) Transportkosten: 310,418 fl. Angenommen.

7) Reparaturkosten: 19,793 fl. Angenommen.

8) Portovergütung an auswärtige Postanstalten: 66,969 fl. Angenommen.

9) Fremdes Transportporto: 3258 fl., und

10) In Abgang dekretirtes Porto: 8730 fl. Angenommen.

II Zentralkosten und Verwaltungskosten.

11) Oberpostdirektion.

Budgetsatz der Regierung: 24,820 per Jahr; Kommissionsantrag: Bewilligung von nur 23,420 fl., nämlich:

für Besoldungen	18,200 fl.
„ Gehalte	3,220 „
„ Bureaukosten	2,000 „

Oberpostdirektor v. Mollenbec: Es ist sehr bedauerlich, wenn die Verweigerung der Mittel gerade bei der Postion eintreten soll, welche sich auf die Personen bezieht, deren man zum Fortschreiten der Administration unumgänglich bedarf. Es ist unmöglich, alle die Wünsche, welche die Kammer ausgesprochen hat, zu erfüllen, wenn das Bestreben der Administration durch Verweigerung von Mitteln gehemmt wird.

Regenauer stellt den Antrag auf Bewilligung der Forderung der Regierung.

Schaaff unterstützt Regenauer mit der Modifikation, 1000 fl. auf die Rubrik Gehalte, anstatt auf jene der Besoldungen zu bewilligen.

Speyerer und Hoffmann sprechen für den Kommissionsantrag, ebenso der Abg. v. Islein, welcher sich auf die Widerlegung der Behauptung des Regierungskommissärs einläßt.

Die Kammer gibt dem Kommissionsantrag rücksichtlich der Besoldungen und der Gehalte ihre Zustimmung.

Hinsichtlich der Bureaukosten stellt Schaaff den Antrag auf Bewilligung der nicht beantragten weitem 400 fl. Dellese, Eichrodt u. A. unterstützen den Antrag, Hoffmann widersetzt sich demselben.

Die Kammer nimmt den Kommissionsantrag an.

12) Kommissions- und Inspektionskosten: 1500 fl.;

13) Gratifikationen und Remunerationen: 200 fl.;

14) Druck- und Buchbinderkosten: 3500 fl.;

15) Postilionsmonturen: 4500 fl. per Jahr; sämtlich angenommen.

16) Anschaffung neuer Postwagen.

Die Forderung der Regierung beträgt 12,000 fl. per Jahr, welche Summe von der Kommission nicht beanstandet ist.

Kroll drückt den Wunsch aus, daß auf einzelnen Poststationen für bessere Reitwagen gesorgt werden möge, welchem Wunsche sich der Abg. Duttlinger anschließt.

Die Kammer nimmt diese Postion an.

17) Postwagenaversen: 2500 fl.;

18) Baukosten: 800 fl.;

19) Entschädigung und Ersatz: 500 fl.;

20) Verschiedene Ausgaben: 1300 fl. per Jahr; — sämtlich angenommen.

Der Antrag des Abg. v. Rottel auf Herabsetzung der Postprovision für Versendungen von Zeitungen wird von der Kammer angenommen.

Nachträgliches Budget.

Die hier für die Postanstalt geforderten 3500 fl. per Jahr sind bestimmt:

1) Zur Erhöhung der Besoldung des Direktors 200 fl.

2) Anstellung eines Postinspektors 1600 „

3) Zur Erhöhung der Besoldungen der Kondukteure 1400 „

4) Derselben Diäten 300 „

Die Kommission sprach sich hierüber in ihrem Bericht folgendermaßen aus:

„Was nun die ad 1 aufgeführte Vermehrung betrifft, so halten wir sie angemessen den steigenden Ansprüchen der Anstalt an ihren Direktor, und ad 2 die Anstellung eines Postinspektors dem Zwecke entsprechend. Die Erweiterung und höchst mögliche Ausbildung der Anstalt ist eine unerläßliche Forderung der Zeit, die Mittel dafür zu gewähren kann daher keinem Anstand unterliegen. Eben so billig, scheint es uns, ist die Erhöhung der Besoldungen und Diäten der Kondukteure, die bisher 300 fl., und bei Begleitung der Packwagen 40 fr. Diät erhalten haben, nunmehr aber 300, 350 und 400 fl. nach drei Klassen, jede zu 14 Mann, nebst 45 fr. Diäten erhalten sollen. Die Belohnung für einen anerkannt höchst beschwerlichen, verantwortlichen Dienst dürfte nicht im Uebermaß bemessen seyn; wir nehmen daher die dafür angesprochenen 1700 fl. in unsere Anträge auf.“

Beschluß der Kammer: Angenommen.

Die Kammer gibt dem ganzen Budget der Postadministration ihre Zustimmung.

Hiermit wird die Sitzung geschlossen.

Karlsruhe, 12. Juli. 58te öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, unter dem Vorsthe des ersten Vizepräsidenten Duttlinger. Auf der Estrade der Regierung: Staatsminister Winter und Frhr. v. Blittersdorff, und geh. Rath Ziegler.

Der Präsident eröffnet die Sitzung mit Vorlage einer dem Präsidenten persönlich zugekommenen Vorstellung des Stadtschultheißen Steidel zu Sigmaringen, Namens der Wittve Gleiß zu Donaueschingen, um Wiedererlangung ihres Weiberguts im Betrage von 8798 fl.

Der Abg. Christ übergibt empfehlend eine Vorstellung des Amtmanns Pfister von Mannheim, womit derselbe der Kammer ein Exemplar seines Werks: „geschichtliche Entwicklung des badischen Staatsrechts“, mit der Bitte überreicht, dahin wirken zu wollen, daß die hohe Regierung auf eine angemessene Anzahl von Exemplaren unterzeichne.

Die Tagesordnung bezeichnet als Gegenstand der hew-

tigen Berathung zuerst den Vortrag des Petitionsberichts über die Eingabe mehrerer Bürger von Mannheim, ihre Entlassung aus dem kleinen Bürgerausschuß betr.

Der Abg. v. Kottack erhält das Wort, um diesen Bericht vorzutragen. Nachdem dieses geschehen, ladet der erste Vizepräsident Duttlinger den zweiten Vizepräsidenten Merk zur Einnahme des Präsidentenstuhls ein, da ersterer an der Diskussion Theil zu nehmen wünscht. Speyerer ergreift zuerst das Wort, um eine Angabe des Kommissionsberichts, welche sagt, daß in Heidelberg zu Feierlichkeiten der Art, welche die ursprüngliche Veranlassung zu der heutigen Diskussion gaben, nichts aus der Stadtkasse verwendet werde, dahin zu berichtigen, daß solche Verwendungen dort wirklich statt gefunden haben und zu solchem Zwecke niemals würden verweigert werden. Dem Gegenstand selbst wird eine fünf Stunden dauernde Berathung gewidmet. Die Kommission stellte den Antrag auf empfehlende Ueberweisung der Petition an großh. Staatsministerium. Für diesen Antrag sprachen mit kräftiger Unterstützung die Abgeordneten Gerbel, Welcker, v. Jßlein, Bader, Sander und v. Kottack, — letzterer wiederholt in ausführlichen und scharfsinnigen Reden. Mohr beantragt: unter Verwahrung gegen unrichtige Auslegung der Gemeindeordnung von Seite der Regierung und über das, nach seiner Ansicht gleichfalls unrichtige Strafverfahren in dieser Sache, zur Tagesordnung überzugehen.

Kuenzer stellt den Antrag:

Die Kammer möge ihre Ansicht über die Vorgänge in Mannheim dahin aussprechen, daß sie eine Ab sicht der Beleidigung der höchsten Person des Regenten nicht als erwiesen erkenne; die Kammer möge ferner ihr Bedauern darüber aussprechen, daß die Lokalbehörden in Mannheim nicht so verführend und vermittelnd eingeschritten seyen, wie sie es sollten; endlich möge die Kammer auch ihr Bedauern über die Verletzung der Gemeindeordnung durch die Absetzung des Ausschusses und die Wahl des neuen Ausschusses in Mannheim aussprechen; übrigens auszarten Rück sichten im Interesse der Betheiligten zur Tagesordnung übergehen.

Mischbach u. A. unterstützen diesen Antrag.

Duttlinger setzt mit überzeugender Redekraft den Standpunkt in's klare Licht, von welchem aus die Kammer diesen Gegenstand zu betrachten habe, und trägt unter ausführlicher Begründung darauf an: die Kammer möge hier über unbedingt zur Tagesordnung schreiten, in welchem Vorschlag er von dem Abgeordneten Beck — welcher sich über die ganze Sache in weitläufiger Ausführung verbreitet — dann von den Abgeordneten Eichrodt, Schaaff, Trefurt, Leiblein und Plaz unterstützt wird.

Minister Winter besteigt als Sprecher der Regierung den Rednerstuhl, beleuchtet in einem umfassenden, lichtvollen Vortrag mit der ihm eigenen Klarheit u. Gründlichkeit den Sachverhalt, entwickelt die in den politischen Verhältnissen und in der aktenmäßigen Lage der Sache beruhenden Gründe der von dem großh. Ministerium

ausgesprochenen Entlassung der 12 Bürgerausschußmitglieder, und überläßt dann der Kammer, was sie über diesen Gegenstand beschließen wolle.

Minister v. Blittersdorff tritt den Motiven des Ministers des Innern vollkommen bei, und wünscht, daß zur Tagesordnung übergegangen werde.

Am Schlusse der Berathung nimmt die Kammer mit Stimmenmehrheit den Antrag des Abgeordneten Duttlinger an, wornach zu den weitem Gegenständen der heutigen Tagesordnung geschritten wird.

(Schluß folgt.)

B a i e r n.

München, 8. Juli. Ein zweiter Guitarrvirtuose; Hr. Stoll aus Wien, erntete, gleich seinem Vorgänger, dem Mailänder Legnani, ungeheilten Beifall. Die Behandlung dieses Instruments ist äußerst schwierig, und daher auch eine so bedeutende Virtuosität, wie sie beide Männer an den Tag legten, mehr zu bewundern, als die Fertigkeit auf irgend einem andern Saiteninstrumente. Stoll besitzt neben seltener Fingerfertigkeit, Anmuth und reinem Geschmack im Vortrage eine Ruhe, die ihn von allen Guitarrspielern auszeichnet, denn, während die meisten mit allen Extremitäten arbeiten, und der Körper ein wahrhafter Pendel in steter Schwingung wird, entlockt er in anständiger ruhiger Stellung seinem Instrumente die feinsten Töne vom gemessenen Andante bis zum feurigsten Prestissimo. (Fr. M.)

München, 8. Juli. Das kön. Bibliothekariat in Bamberg macht folgendes bekannt: Obschon die Abstimmungen der meisten Deputirten dieses Landtags im großen Publikum nicht so allgemeinen Reiz zu haben scheinen, wie jene von 1819 und 1831, so möchte doch die Nachricht willkommen seyn, daß die wöchentlich einlaufenden Verhandlungen zur Benutzung des Publikums schnell gebunden werden. (B. Nat. Ztg.)

K u r h e s s e n.

Kassel, 4. Juli. Den 1. Sept. werden in diesem Jahre sämtliche kurhessische Truppen von allen Waffengattungen in Kantonnirungen in der Gegend von Wabern, 6 Stunden von Kassel, vereinigt werden und die Herbstmanöver beginnen. Der Kurprinz-Regent wird während der Zeit das Jagdschloß zu Wabern, wo auch das Hauptquartier seyn wird, beziehen. (N. Z.)

W ü r t e m b e r g.

Se. kön. Maj. haben gnädigst geruht, dem auf dem Vorgebirg der guten Hoffnung ansässigen Dr. der Medizin und Philosophie Karl v. Ludwig aus Sulz am Neckar, bisherigen Ritter des kön. Ordens der würtemb. Krone, in Anerkennung der von demselben vielfach bethätigten aufrichtigen Ergebenheit und treuen Anhänglichkeit an sein angeborenes Vaterland, das Kommenthurkreuz dieses Ordens zu verleihen, und denselben, nebst seinen ehelichen Nachkommen, in den Freiherrnstand des Königreichs zu erheben.

O e s t e r r e i c h.

Wien, 3. Juli. Diesen Abend empfängt Sr. D. der Fürst Metternich das diplomatische Korps in seinem Garten am Rennweg, um dasselbe vor seiner Abreise noch einmal zu sehen. Uebermorgen tritt der Fürst seine Reise nach Ischl an, wo er indes nur den 7. verweilen wird, um dann über Salzburg nach München zu gehen. — Viele Offiziere von der kaiserl. Armee haben sich gemeldet, um auf ihre Kosten das russische Lager zu besuchen; sie haben nun dazu die allerhöchste Genehmigung erhalten.

(Mag. Btg.)

Wien, 5. Juli. Sr. Durchl. der Staatskanzler Fürst von Metternich hat diesen Vormittag Wien verlassen, um sich über Ischl, Salzburg nach München und von da über Lößlitz nach Königswart und seiner Herrschaft Pfaff zu begeben, wohin der Fürst, dem Vernehmen nach, mehrere hohe Gäste eingeladen hat. Man nennt als solche den kaiserl. russ. Botschafter v. Latitschew, den k. k. Präsidialbundesgesandten, Grafen von Münch-Bellinghausen, den kön. preuß. Gesandten, Grafen von Nassau, den Marschall Marmont u. Andere. Die Begleitung des Fürsten bilden der Schwiegervater desselben, General Graf von Zichy Ferraris, der kais. Hofrath Frhr. de Pont und der k. k. Rath und Stabsfeldarzt, Dr. Jäger. Während der Abwesenheit Sr. Durchl. ist, wie dem diplomatischen Korps durch Zirkularnote angezeigt wurde, der Staatsrath v. Ottenfels mit Leitung der Geschäfte der Staatskanzlei beauftragt.

(A. Z.)

P r e u ß e n.

Berlin, 5. Juli. Die Pferderennen haben in diesem Jahre weniger allgemeinen Antheil gefunden, als früher. Die Tribünen, zu welchen Billete verkauft werden, waren leer, und fast nur die Aktionäre, größtentheils Offiziere und junge Leute, bildeten das Publikum. Offenbar hindern die polizeilichen Maßregeln, welche die Zuschauer aus dem Volke an die entgegengesetzte Bahnseite verbannen, wo dieselben nichts sehen können, eine vermehrte Theilnahme; überdies aber war die Hitze entsetzlich und der Staub über alle Vorstellungen. — Die Post sucht jetzt Einrichtungen zu treffen, um den beginnenden Eisenbahnen die Spitze bieten zu können. Binnen Kurzem hat dieselbe mehrere Personenposten errichtet, welche eben so schnell als die Schnellposten fahren, aber kaum die Hälfte der Kosten verursachen. Dergleichen Posten sollen nach und nach alle Hauptkurse befahren, überdies aber Malleposten errichtet werden, die weit schneller als die bisherigen Schnellposten, die preussische Meile in einer halben Stunde zurücklegen, und dabei wenig theurer als jene sind. Diese Einrichtungen würden allerdings die Wirksamkeit des Hrn. v. Nagler, der schon so viel Außerordentliches leistete, krönen, und das preussische Postwesen sich immer mehr heben, den Eisenbahnen aber würde dadurch immer nur ein sehr unbedeutender Schaden geschehen können. — Das kriminelle Verfahren gegen die Universitätsverbindungen ist jetzt beendet, sämmtliche Urtheile gesprochen, und durch die höchste Gnade Sr. Maj. bedeutend gemil-

bert worden. Die am schwersten Geurtheilten und zum Tode Verurtheilten haben lebenslängliche oder zwanzigjährige Festungsstrafe zu erleiden, der allergrößte Theil jedoch, welcher zu 6, bis 13jähriger Gefängnißstrafe verurtheilt war, ist mit einhalb, oder einjähriger Festungsstrafe und zwei, bis dreijähriger Unfähigkeit zum Staatsdienst durchgekommen. Die Gefängnisse der Festungen sind jetzt so überfüllt, daß es nachgegeben ist, die Strafe in jedem Ortsgefängnisse zu bestehen, und diese Nachsicht erleichtert den Betheiligten dieselbe ungemein. (D. G.)

G r o ß b r i t a n n i e n.

London, 6. Juli. In der heutigen Unterhaus-Sitzung kamen zwei sehr erhebliche Gegenstände vor. Aus Anlaß der Motion auf Bornahme der Berathung der Sklavenhandelsverträge im Komitee lenkte Sir R. Inglis [Lory] die Aufmerksamkeit des Hauses und besonders der Minister der auswärtigen Angelegenheiten auf die empörende Weise, in der noch immer der Sklavenhandel in Brasilien und Portugal betrieben werde und florire, und hoffte, Lord Palmerston werde diese beiden Staaten zur Abstellung dieses schrecklichen Handels zu veranlassen wissen, über den er eine Reihe von authentischen Einzelheiten aus neuerer Zeit beibrachte. Lord Palmerston erklärte, indem er den Ansichten des edlen Baronets vollkommen beipflichtete, daß mit Portugal gerade ein neuer und voraussichtlich wirksamer Traktat wegen der Abschaffung des Sklavenhandels im September v. J. habe zu Stande kommen sollen, als die damals in jenem Lande eingetretenen Veränderungen die Unterhandlungen wieder in's Stocken gebracht hätten; übrigens habe die portugiesische Regierung, wie das desfalls von ihr noch nicht sehr lange erlassene Gesetz zeige, den besten Willen zur Abschaffung jener Schändlichkeit, werde aber hierin, bei den dagegen streitenden Interessen der bisher Betheiligten und der Lässigkeit und absichtlichen Pflichtverletzung vieler ihrer Beamten, schlecht unterstützt; ein Gleiches gelte in dieser Beziehung von dem brasilianischen Gouvernement. Schließlich drückte der edle Lord die Hoffnung aus, das gewünschte Ziel bei beiden Staaten, und zwar zunächst bei Portugal, durch die geeigneten Stipulationen doch noch und bald zu erreichen. — Kapitän Dundas von der k. Marine [Whig] machte in derselben Sitzung eine Motion auf Niederlegung einer Kommission zur Untersuchung der Lage der Offiziere der königl. Marine, insbesondere der Offiziere auf Halbsold oder mit Pension, und wurde in seiner Motion auf's Wärmste von Admiral Crobington [Radikalreformer] unterstützt, welcher die Benachtheiligungen und Zurücksetzungen, unter welchen jene Seemänner litten, ausführlich darstellte. Der Dundas'sche Antrag wurde, obwohl von dem Admiraltätssekretär Wood bestritten, nach einiger Debatte, mit 21 gegen 19 Stimmen genehmigt.

F r a n k r e i c h.

Paris, 9. Juli. Der Herzog und die Herzogin von Orleans mit der verwitweten Erbgroßherzogin von Mecklenburg haben das Sitzungsgebäude der Deputirtenkammer besichtigt, wobei sich die Herzogin, von dem Präsi-

ten, Hrn. Dupin, und den vier Quästoren geleitet, im Sitzungssaale die Vertheilung der verschiedenen Plätze, wo des Präsidenten Sitz, wo die Redner stünden, erklären ließ. Hr. Delaborde (einer der Quästoren) bestieg die Tribune, um der Prinzessin einen Begriff von der Position der Redner zu geben: „Hr. Delaborde hat das Wort“, bemerkte scherzend Hr. Dupin, und Hr. Delaborde improvisirte, recht mit Geist und Gelegenheitsgeschick, einige Worte über den Besuch, den die Frau Herzogin der Deputirtenkammer mache, über ihren Eifer, alle unsere Einrichtungen und Anstalten kennen zu lernen, unsere Denkmäler zu besichtigen, sich täglich mehr, wosfern dies ja möglich, zur Französin zu machen. Einige Deputirte, welche sich gerade in der Kammer befanden und den Herzog und die Herzogin umgaben, zollten der kleinen Rede ihren Beifall mit dem Ausruf: „Sehr gut, sehr gut!“ „Wenn der Geschwindschreiber da wäre“, sagte der Herzog von Orleans, „könnte er anmerken, der Hr. Redner habe beim Abgang von der Tribune die Beglückwünschungen mehrerer seiner Kollegen empfangen.“ — Vor dem Besuche der Deputirtenkammer hatte das herzogliche Paar die kön. Druckerei besucht, und auf Montag ist der Börse und dem Handelstribunal ein Besuch zugebacht.

(Journ. des Deb.)

— Einer am 4. d. M. nach Loulon gelangten Depesche des Seeministers zufolge wird dort am 14. oder 15. der Schiffsleutnant, Prinz von Joinville, eintreffen, und sich am 16. auf dem Herkules, den die Korvette la Favorite begleitet, zu seiner Seefahrt einschiffen.

— Der gestrige Monteur enthält eine k. Ordonnanz, welche der unbenannten Gesellschaft für die Dampfschiffahrt zwischen Bordeaux und Havre die Autorisation ertheilt.

— Man sagt, daß der General Rigny den Bitten seiner Familie, einige Zeit in Lille und Paris zuzubringen, widerstanden habe. Er hat erklärt, daß er unverzüglich nach Afrika abgehen und nicht früher nach Paris zurückkehren werde, als bis er die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen auf würdige Weise gerächt, und der neuen Expedition nach Konstantine beigewohnt haben würde. Der Kriegsminister hat ihm versichert, daß diese Expedition nicht später als in den ersten Tagen des Septembers vor sich gehen werde.

— Der Staatsrath hat entschieden, daß, nach dem Gesetze vom 11. April 1831, die in der Emigration verlebten Jahre bei der Liquidation der Ruhestandsgehälter nicht gezählt werden können, sogar dann nicht, wenn der Bittsteller behaupten sollte, nicht bei einer der Mächte, welche damals Krieg mit Frankreich, sondern blos in der Condéischen Armee gedient zu haben.

— Die von einem hiesigen Blatte gegebene Nachricht vom Ausbruch der Cholera in Paris ist völlig ungegründet. Durch den schnellen Witterungswechsel sind nur mehrere Fälle der gewöhnlichen Ruhr vorgekommen.

† O Paris, 10. Juli. Es geht hier die Rede von der Vermählung der Prinzessin Clementine mit dem Erbprinzen von Sachsen-Koburg. Die Familie des Prinzen

soll jedoch den Wunsch geäußert haben, daß die Kinder beiderlei Geschlechts, welche aus dieser Ehe hervorgehen könnten, in der lutherischen Religion erzogen würden, was denn ein großer Stein des Anstoßes für die Königin geworden wäre. — Der Graf Pahlen soll dem Konseilspräsidenten Vorstellungen gemacht haben, welche dahin gingen, dem General Strzyniecki, der bekanntlich Oesterreich verlassen will oder soll, Frankreich zu verschließen. Sein Ansuchen ist jedoch, wie verlautet wird, sehr bestimmt zurückgewiesen worden. — Man beschäftigt sich fortwährend lebhaft mit der Expedition von Konstantine. Der Herzog von Orleans besteht darauf, das Kommando derselben zu übernehmen, obgleich ihm Gegenstellungen von allen Seiten gemacht werden. Einer der ausgezeichnetsten Ordnonanzoffiziere, Hr. Chabaut-Latour, ist auf Befehl des Herzogs ganz kürzlich mit besonderen Instruktionen nach Algier abgereist.

Spanien.

Madrid, 1. Juli. Es ist eine allgemeine Volkszählung anbefohlen worden. Die Maßregel hat nur den einen Mangel: sie läßt sich gegenwärtig nicht ausführen.

— Unter den in den Reihen des Don Carlos zuletzt gefallenen Preußen befindet sich ein Hr. v. Rappart, der bei Huebca einer der ersten den Tod fand, wie in einem der letzten Befehle Hr. v. Plessen. Es sind jetzt noch vier General Riknowsky, ehemals preussischer Oberst, und Hr. v. Raben, ehemals Offizier in einem schlesischen Regimente, in der Armee des Prätendenten. (N. 3.)

— Bei der monatlich wiederkehrenden Präsidentenwahl der Cortes sind die ministeriellen Kandidaten Sancho zum Präsidenten und Calderon de la Barca zum Vizepräsidenten ernannt worden.

† O Eine carlistische Korrespondenz aus Bayonne vom 6. d. sagt: Man schreibt aus Bilbao, daß am 2. eine schauerhafte Szene in dieser Stadt vorgefallen ist. Eine ganze Grenadierkompagnie hatte beschloffen, zu desertiren, aber einige Stunden vor der Ausführung wurde das Projekt dem Obersten verrathen. Dieser ließ sogleich die Kompagnie entwaffnen, den Kapitän und alle Offiziere derselben erschießen, und von den Soldaten je dem 10 Manne die Bastonnade geben. Einige Stunden nach diesem blutigen Austritte waren mehr als 40 christinische Soldaten zu den Carlisten übergegangen! — Die Carlisten haben in der Nähe von Irun eine liberale Familie aufgehoben; zur Revanche hat der christinische Oberst Legama die Frau des ehemaligen carlistischen Kommandanten Soroa und die Mutter und die Schwester eines Kapitans der Chapelgorris in's Gefängniß stecken lassen.

Telegraphische Depesche.

„Bordeaux, 8. Juli, 7 Uhr Abends.

Man schreibt aus Saragozza unterm 5. d., daß der Prätendent mit 7000 Mann Infanterie und 380 Pferden in Cantavieja angekommen sey. Die Richtung, welche er nehmen wollte, war unbekannt. Die Carlisten, welche die Insurrektion benutzen wollten, die in Hernani unter

den Truppen statt fand, haben diesen Platz angegriffen, wurden aber vom Brigadier D' Donnel zurückgeschlagen.

— Briefe aus Bayonne vom 6. d. M. bestätigen die Nachricht von der am 4. vorgefallenen Meute, geben aber als Grund den Mangel an Geld, die Soldrückstände an. Der verwundete General Reden wurde nach San Sebastian gebracht, und soll dort amputirt werden. Ein Adjutant des Generals Mirasol und ein Kapitän wurden mit Bajonetten erstochen. Die Carlisten scheinen ihren projektierten Angriff auf die Stadt gar nicht ausgeführt zu haben, da die Ordnung durch D' Donnel bald wieder hergestellt war, und die beschwichtigten Truppen den Feind in guter Haltung erwarteten.

Schweiz.

Der politische Barometerstand bei der Tagesagung zeigt in Bezug auf das Ausland ziemlich günstiges, ruhiges Wetter und moderirte Temperatur, in Bezug auf das Inland ebenfalls keine Gewitterstürme, aber eben so wenig Aussichten auf ein fruchtbringendes Jahr. Nur hinter einigen alten Klösterruinen steigen etliche kleine Wolken herauf.

(Erz. v. St. G.)

Basel. Der kleine Stadtrath von Basel wird der größeren Stadtbehörde antragen, die von der Rheinbrücke zum Kaufhaus führende Eisengasse, die belebteste und engste der Straße, auf 22 Fuß Fahrbahn und 8 Fuß Trottoirs zu erweitern und die lästigen Steigungen zu beseitigen.

Luzern. Binnen acht Tagen sind drei der am schwersten inkriminirten Kettenzüchtlinge der Strafanstalt in Luzern, wovon bereits einer früher zum Tode verurtheilt war, am hellen Tage entwichen, was übrigens nicht auffallen wird, wenn man vernimmt, daß dort den Kettensträflingen gestattet sey, zur Kurzweil etwa einmal einen Spaziergang zu machen.

(N. Schw. Ztg.)

Basellandschaft. Auf die von diesem Halbkanton gegen die Juden beschlossenen Plakete, daß nämlich dieselben nicht anders, als nach Vorweisung von Schriften in das basellandschaftliche Exorato eingelassen werden sollen, hat Hr. v. Montebello eine von Schinz nach datirte Note erlassen, des Inhalts, daß Frankreich in diesem Falle nichts übrig bleibe, als das Recht der Wiedervergeltung. Sobald die franz. Behörden in Erfahrung bringen werden, daß israelitische Gränzbewohner von den Landschaftlern entweder von der Gränze zurückgewiesen oder mit einer Buße belegt worden seyen, so werde seinem Landschaftler mehr ohne Vorweisung eines regelmäßigen Passes gestattet werden, das franzöf. Gebiet zu betreten.

(Helvetie.)

Aegypten.

Wady-Halfa, 13. April. Fürst Pückler-Muskau ist gestern mit seinen Begleitern, dem Generalkapitän der ägyptischen Flotte, Dr. Koch (ein Deutscher aus München), einem Offizier des Bizkönigs mit zahlreicher Mannschaft, einem Führer nebst der Dienerschaft, auf seiner Reise nach Kordovan glücklich hier angekommen. Er

fand hier das Ziel seiner Nilschiffahrt, indem er durch die Katarakten gezwungen ist, die Kajüte mit Kameelen und Dromedaren zu vertauschen, und auf diesen die Reise durch die Wüste nach Hochnubien und in das Innere von Afrika fortzusetzen. Morgen wird die Reise nach Dongola, der Hauptstadt Hochnubiens, angetreten, und von da weiter nach Meroë fortgesetzt.

(N. Z.)

R u s s l a n d.

Auf kaiserl. Befehl wird zu Dorpat eine Elementarschule für die Kinder der russischen Einwohner errichtet. Zum Unterhalt derselben sind 1000 Rubel B. A. angewiesen.

(Russ. Bl.)

Staatspapiere.

Wien, 6. Juli. Metall. 105½; 4proz. Metalliques 100; 3proz. 76½; 1834er Loose 115; Bankaktien 1367; Nordbahn 115; Mail. E. B. 110¼.

Pariser Börse vom 10. Juli. 5proz. konsol. 109 Fr. 79 Ct. — 3proz. konsol. 79 Fr. 5 Ct. — Span. Akt. 23; Pass. 5½. — Portug. 3proz. 27½. — St. Germain Eisenbahnaktien 975 Fr. — Versailler Eisenbahnaktien, rechtes Ufer, 680 Fr.; linkes do. 577 Fr. 50 Ct.

Kurs der Staatspapiere in Frankfurt.

Den 11. Juli, Schluß 1 Uhr.		pCt.	Pay.	Gld.
Österreich	Metall. Obligationen	5	—	103 ¹⁵ / ₁₆
"	do. do.	4	99	—
"	do. do.	3	—	75 ³ / ₁₆
"	Bankaktien	—	—	1637
"	fl. 100 Loose bei Notf.	—	224	—
"	Partialloose do.	4	141	—
"	fl. 500 do. do.	—	—	113 ³ / ₈
"	Bethm. Obligationen	4	98 ¹ / ₂	—
"	do. do.	4½	—	100 ⁷ / ₈
Preußen	Staatsschuldschein	4	—	100 ¹ / ₂
"	d. b. d. in Lud. à fl. 12½	—	—	—
"	Prämienchein	—	—	62 ³ / ₈
Batien	Obligationen	4	—	101 ³ / ₈
Frankfurt	Obligationen	4	—	101 ¹ / ₂
"	Eisenbahnaktien. Agio	—	—	64 ¹ / ₂ %
Baden	Rentenschein	3 ¹ / ₂	—	101 ³ / ₈
"	fl. 50 Loose b. Boll u. S.	—	93 ³ / ₈	—
Darmstadt	Obligationen	3 ¹ / ₂	100 ¹ / ₈	—
"	fl. 50 Loose	—	59 ³ / ₈	—
"	fl. 25 Loose	—	—	22 ⁷ / ₈
Rassau	Obligationen b. Notf.	4	100 ¹ / ₂	—
"	do. do.	3	—	95
Holland	Integrals	2 ¹ / ₂	—	51 ¹ / ₂
Spanien	Aktivschuld	5	—	16 ³ / ₈
Polen	Lotterieloose Akt.	—	—	64 ¹ / ₂
"	do. à fl. 500	—	—	75 ³ / ₈

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Ph. Maclet.

**Auszug aus den Karlsruher Witterungs-
beobachtungen.**

11. Juli	Barome- ter.	Thermome- ter.	Wind.	Witterung überhaupt.
N. 7 U.	273, 9,0ℓ	17,0 Gr.üb.0	ND	heiter
N. 3 U.	273, 8,2ℓ	23,3 Gr.üb.0	ND	heiter
N. 11 ¹ / ₂ U.	273, 8,3ℓ	15,6 Gr.üb.0	SW	heiter

Todesanzeigen.

Allen unsern Verwandten und Bekannten melden wir das gestern Abend $\frac{1}{2}$ nach 7 Uhr erfolgte Hinscheiden unserer lieben Mutter, Friederike Stück, geb. Inzler. Sie starb an den Folgen eines vor 2 Jahren erlittenen Sturzes.

Ihre schweren und langen Leiden ertrug sie mit christlicher Muthe und großer Resignation.

Wir bitten, die der Verbliebenen im Leben geschenkte Freundschaft auf uns zu übertragen.

Emmenzingen, den 7. Juli 1837.

Die Hinterbliebenen.

Verwandten und Freunden ertheilen wir die traurige Nachricht von dem am 7. dieses Monats., nach kurzem Krankenlager, erfolgten Tode unserer innigstgeliebten, unvergesslichen Gattin, Mutter und Schwester, Wilhelmine, geb. Bayhinger. Wer die edle, treue Gattin, die zärtliche Mutter, die liebevolle Schwester kannte, wird unsern namenlosen Schmerz begreifen, und uns eine stille Theilnahme weihen.

Pforzheim, den 10. Juli 1837.

Wilhelm Wilser, Physikus,
mit seinen vier Kindern.

Amalie Rosenfeldt, geb. Bayhinger.

Wad Hippoldsau.

(Angekommene Badegäste und andere Fremde vom 5. bis
9. Juli 1837.)

Herr Hasenfranz, Domänenrath von Donaueschingen. Frau-
lein Dilger von da. Herr Oslander, Negoziant von Amsterdam.
Herr von Christmar, Partikulier von Türkheim. Herr Feistle,
Dekan von Wald. Herr Holzmann, Hofgerichtsath von Ras-
statt. Madame Engelhard mit Herrn Sohn, Proprietär von
Strasbourg. Herr Kolb mit Gemahlin, Proprietär von Schleit-
statt. Madame Hamelin mit Töchtern und Bedienung von

Strasbourg. Herr Kosslet von Erstein. Mademoiselle Dabé von
Strasbourg. Herr Becker von Willstätt. Herr Elben mit Fam-
lie von Stuttgart. Herr Freund von Freiburg. Herr Dr. Gre-
ther von Lorrach. Jungfer Faller von Todtnau. Herr Baur,
Medizinrath von Karlsruhe. Herr Musselin von Strasbourg.
Herr Held, Sekretär von Freiburg. Herr Engesser, Sebeimerrath
von Karlsruhe. Herr von Feriol, Student, und Herr von Pon-
nat, von Fontainebleau. Herr G. von Feriol und Herr von Fe-
riol von Grenoble. Herr Eisele, Rentmeister von Wolfach. Frau
Kek von Kirnbach. Herr Berthold, Handelsmann, Frau Schry,
Frau Flam von Wildthal. Blum von Surach. Frau Breithaupt
von da. Frau Kimmich von Eichhalten. Herr Zimmermann von
Freiburg. Herr Reichenbach von Glotterthal. Frau Kunz von da.
Jungfer Trutschler und Frau Flamm von da. Herr Müller von
Halsach. Frau Wieder von da. Herr Lehrenbach von Güterbach.
Herr Dorer von da. Herr Hepting, Lehrer von Gernebach. Herr
Bruder, Lehrer von Waldkirch. Widmann und Juchs von Bingen.
Herr Bon der Mühl von Basel. Herr Etlinger, Kaufmann von
Karlsruhe. Herr Lieder mit Familie von Strasbourg. Herr Mar-
tha, Student von da. Madame Klüpfel mit Tochter von Stutt-
gart. Herr Iselin, Weistein von Basel. Herr Köhler, Burk-
hardt von da. Herr Maier von Stockach. Herr Sohn mit Gat-
tin von Heiligenzell. Herr Baron von Borstadt von Strasbourg.
Herr Nebel von da. Herr v. Sulat, Gutbesitzer von Fessentach.
Herr Ansen von Strasbourg. Frau Klein von Wellheim. Herr
Hirt von Dierheim.

Nr. 161. Rasstatt. (Weinversteigerung.) Freitag,
den 14. d. M., Nachmittags 2 Uhr, werden bei unterfertigter
Verwaltung in kleinen Abtheilungen versteigert:

20 Dhm 1834e

24 " 1835r und Wein.

36 " 1836e

Rasstatt, den 3. Juli 1837.

Großh. badische Studienfondsverwaltung.

Oberte.

Mörsch. (Holzversteigerung.) Freitag, den 14. d.
M., werden in dem Gemeindehardswald Mörsch

79 Stämme Forlen,

welche sich vorzüglich zu Bau- und Nutzholz eignen, öffentlich
versteigert. Die Zusammenkunft ist an besagtem Tag, früh 7 Uhr,
am Mörsch-Eitlinger Weg, wo der neue Pflanzweg darüber zieht.
Mörsch, den 8. Juli 1837.

Bürgermeisteramt.

Klein.

Karlsruhe. (Anzeige.) Die ersten
neuen holländischen Häringe sind angekommen
und billig zu haben bei

Jakob Giani.

Mit einer Bellage.

**DR. HUFELAND'S
unverbesserliches Zahnpulver,**

welches die rühmlichen Eigenschaften besitzt, jedem andern Pulver dieser Art vorgezogen zu werden, indem dasselbe die Zähne bestens
erhält, die verdorbenen vollkommen reinigt und denselben die schönste Weiße wieder gibt, das Zahnfleisch stärkt, den Mund erfrischt und
den übertriehenden Athem beseitigt,
ist in Schachteln à 24 und 12 kr. nur allein ächt zu haben bei Materialist

Charles Haussner,
Neue Herrenstraße Nr. 20.

Verleger und Drucker: Ph. Maaslot.